

Aufbruch in ein neues Energiezeitalter – Auf die Städte, Landkreise und Gemeinden kommt es an!

Die Weichen sind gestellt. Deutschland hat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und im Energiekonzept ehrgeizige Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und die Minderung der Treibhausgase festgelegt. Am 30.6.2011 hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit das Gesetzespaket zur Energiewende beschlossen. Seitdem arbeiten wir Schritt für Schritt daran, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

Worum geht es? Die Energiewende bedeutet eine grundlegende Transformation hin zu einer völlig neuen Struktur der Energieversorgung. Die erneuerbaren Energien werden zum Hauptpfeiler der Energieversorgung ausgebaut. Bis 2050 soll ihr Anteil an der Stromversorgung mindestens bei 80 % liegen. Damit geht eine Dezentralisierung der Energieversorgung einher, denn Fotovoltaik, Windenergie an Land und Biomasse kommen aus den verschiedensten Quellen. Die Energieversorgung wird mittelständischer geprägt sein und technologisch anspruchsvoller werden. Das betrifft nicht nur die konventionellen Technologien, die fossile Energieversorgung und die nukleare Energieversorgung. Es wird vielmehr ein permanenter technologischer Lernprozess und Innovationsprozess in unserem Land starten. Ziel ist außerdem, dass die Energieversorgung sehr viel stärker durch die Verbraucher gesteuert werden wird, um die Energieeffizienz zu steigern. Der Verbraucher wird in Zukunft mit intelligenten Zählern und intelligenten Leitungen selber bestimmen, wann er welchen Strom zu welchem Preis beziehen will. Wenn zum Beispiel Aluminiumhütten oder Kühllhäuser dann intensiv produzieren, wenn der Strom von den Anbietern preiswerter bereitgestellt wird, können Angebot und Nachfrage flexibler aufeinander abgestimmt werden. Und schließlich: Wir werden unabhängiger von ausländischen Rohstoffimporten. Wir müssen und wir werden die Abhängigkeit vom Import und damit auch von (geo-)politischen Abhängigkeiten, aber auch die Volatilität der Preise reduzieren. Durch erneuerbare Energien können wir den Energieimport aus dem Ausland durch eine Wertschöpfung in Deutschland ersetzen: Allein durch den Ausbau der erneuerbaren Energien hat sich unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zuletzt um 7 Mrd. € jährlich verringert!

Die große Herausforderung liegt darin, alle Elemente der Energiewende koordiniert in Angriff zu nehmen. Wir stellen dafür im Sinne der sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitisch die richtigen Weichen. Das heißt,

Von Dr. Norbert Röttgen, Berlin

die erneuerbaren Energien dynamisch auszubauen und dort zu fördern, wo sie besonders aussichtsreich sind – in Deutschland ist das insbesondere die Windenergie. Es heißt aber auch, die Förderung der Erneuerbaren zu vereinfachen, ihre Kosteneffizienz zu belohnen und sie vor allem stärker auf die Integration in den Markt einzustellen. Der Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist also daran zu messen, dass es sich durch eine volle Integration der erneuerbaren Energien in den Markt selbst abschafft. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist, nicht mehr nur Prämien und Vergütungssätze für die Produktion zu bezahlen, sondern auch einen Anreiz zu geben, sich nach der Nachfrage zu richten. Das ist auch wichtig, um die Energiepreise stabil zu halten, weil Angebot und Nachfrage flexibler aufeinander abgestimmt werden können. Die Marktprämie hat sich als Instrument auf diesem Weg bewährt und muss weiter entwickelt werden.

Mit diesen Weichenstellungen sind wir schon gut vorangekommen: Gut ein halbes Jahr nach den Energiewendebeschüssen ist bereits ein Drittel der angekündigten Maßnahmen umgesetzt. Am zweiten Drittel wird mit Hochdruck gearbeitet. Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt mit über 20 % so hoch wie nie zuvor – und das bei einer stabilen EEG-Umlage. Klar ist: Die Energiewende ist nicht allein ein Projekt dieser Legislaturperiode, sie ist eine Aufgabe und Chance für die nächsten Jahrzehnte. Sie ist nichts weniger als ein nationales Gemeinschafts- und Generationenprojekt. Und darum kommt es dabei vor allem auf die Landkreise und Kommunen an, hier, wo die Menschen wohnen, wirtschaften, arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen. Sie alle können die Energiewende gestalten, neue Wege gehen und neue Chancen nutzen.

Die Energieversorgung ist eine kommunale Gestaltungsaufgabe

Die Energiewende kann neuen Schwung in die Idee der kommunalen Selbstverwaltung bringen. Landkreise, Städte und Gemeinden sowie Bürger können mehr und mehr zu Akteuren unserer Energiepolitik werden. Die Energiewende ebnet zugleich auch Wege, die kommunalen Haushalte zu entlasten, denn die Energiewende bedeutet wirtschaftliche Impulse für Landkreise, Städte und Gemeinden. Es entstehen neue Potenziale zur lokalen Wertschöpfung, es geht um Arbeitsplätze und um Steuereinnahmen.

Schon heute führt allein der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien in deutschen Städten und Gemeinden zu einer Wertschöpfung in einer Größenordnung von 10 Mrd. € – das ist gerade für strukturschwache Regionen und ländliche Räume eine große Chance!

Auf jeden Fall wird mit der Transformation unseres Energiesystems die kommunale Selbstverwaltung gestärkt: Die Strom-, Gas- und Wärmeversorgung ist bereits heute Gegenstand lokaler Entscheidungsfindung. Der Umstieg auf regenerative Stromversorgung macht die Kommunen umso mehr zum „Player“: Die Kommunen entscheiden über die Übernahme ihrer Netze und sie entscheiden über die kommunale Energieversorgung: Ist es eine Option, Stadt- oder Gemeindewerke zu schaffen und die Strom- und Gasversorgung kommunal zu prägen? Wie ist die Unternehmenspolitik eines kommunalen Versorgers auszurichten? Ist Kraft-Wärme-Kopplung eine Option, ist es ein Windpark oder die Fotovoltaik? Wie wird die Integration erneuerbarer Energien organisiert? Engagiert sich das Unternehmen in Effizienzmanagement und Einsparberatung?

Die Energiewende erfordert neue Infrastrukturen. Auch in Planungs- und Genehmigungsverfahren sind Landkreise, Städte und Gemeinden entscheidende Akteure – Beispiel Windkraft: Die Windenergie an Land bietet kurz- und mittelfristig das wirtschaftlichste Ausbaupotenzial im Bereich der erneuerbaren Energien. Darum fördert die Bundesregierung insbesondere diesen Bereich. Allerdings besteht ein starkes Hemmnis für den Ausbau an Land immer noch in den knappen Eignungsflächen. Für den weiteren Ausbau kommt es entscheidend darauf an, dass in den Ländern und Kommunen genügend Eignungsflächen ausgewiesen werden. Um planungsrechtlichen Hemmnissen zur Ausweisung neuer Flächen zu begegnen, hat das Bundesumweltministerium zusammen mit dem Verkehrsministerium eine Bund-Länder-Initiative zur Ausweisung zusätzlicher Flächen gestartet. Die Initiative zielt darauf, pauschale Höhenbegrenzungen abzuschaffen und bestehende Abstandsregelungen zu überprüfen. Darüber hinaus haben wir im Baugesetzbuch eine Regelung aufgenommen, die es den Gemeinden erleichtern soll, Projekte zur Nachrüstung, dem sog. Repowering von Windkraftanlagen durchzuführen. Wir setzen darauf, dass die Kommunen diese Instrumente nutzen. Übrigens können Standortgemeinden 70 % der anfallenden Gewerbesteuer von Windenergieanlagen für sich vereinnahmen.

Die Energiewende ist ein Projekt der Bürger

Neun von zehn Bundesbürgern unterstützen den Ausstieg aus der Kernenergienutzung. Mehr Zustimmung kann es kaum geben. Und die meisten sind zuversichtlich: Drei von vier glauben daran, dass es uns gelingt, die Energiewende innerhalb von 30 Jahren umzusetzen, und ebenfalls drei Viertel betrachten die Energiewende als große Chance für die deutsche Wirtschaft. Die Energiewende ist ein Projekt der Mitte unserer Gesellschaft, sie ist ein Projekt der Bürger. Diese Zustimmung soll erhalten bleiben. Mehr noch: Die Energiewende ist auch eine Chance, die Demokratie vor Ort zu stärken. Deshalb war es mir auch so wichtig, die Beteiligungsrechte der Bürger in der EnWG-Novelle und im Netzausbauplanungsgesetz nicht einzuschränken, sondern weiter zu stärken. Das gilt etwa für die Entwicklung von Szenarien als Vorstufe für die Netzplanung und für die Bundesfachplanung der Trassenkorridore. Genauso wird es bei der Suche nach dem geologisch sichersten Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle sein, die wir jetzt zusammen mit den Ländern in Angriff nehmen.

Bürger suchen nach Wegen, um zum Erfolg der Energiewende beizutragen. Deshalb geht es in der regionalen und kommunalen Energiepolitik heute um die Frage der Teilhabe: Welche Möglichkeiten bestehen für die Bürger vor Ort, sich an lokalen Energieprojekten, etwa an Energiegenossenschaften, zu beteiligen? Diese Beteiligungsoption wird zunehmend zum Standortfaktor. Allein in den Jahren 2007 bis 2011 hat sich die Anzahl der eingetragenen Energiegenossenschaften bundesweit vervierfacht: 2011 waren schon über 430 Genossenschaften eingetragen. Die Beteiligung ist zur Breitenbewegung geworden. Heute ist im ländlichen Raum bereits jeder 20. Einwohner an einem genossenschaftlichen Energieprojekt beteiligt. Und dabei geht es nicht nur um wirtschaftlichen Erfolg, sondern gerade auch um das lokale Gemeinschaftserlebnis und um lokale Verantwortung und Mitentscheidung.

Energieeffizienz ist die zweite Säule der Energiewende

Die Energiewende steht auf zwei Beinen. Denn es geht nicht nur um eine Struktur der Energieversorgung. Auch unsere Formen der Energienutzung müssen wir verbessern. Energieeffizienz ist darum ein Schlüssel für eine erfolgreiche Energiepolitik. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die trotz eines beachtlichen wirtschaftlichen Wachstums ihren Energieverbrauch senken konnten. Diese Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch müssen wir weiter vorantreiben – nicht zuletzt, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, aber auch natürlich, weil sich das betriebswirt-

schaftlich rechnet. Nehmen wir nur einmal unsere Gebäude: 40 % des Energiebedarfs entfallen allein darauf. Hier wird noch viel zu viel verschwendet. Ihre Sanierung eröffnet große wirtschaftliche Wachstumschancen – jeder staatlich investierte Euro rechnet sich mit dem Faktor 8. Mehr Energieeffizienz heißt aber auch, den Endenergieverbrauch des Verkehrs bis 2020 um 10 % und bis 2050 um rund 40 % zu senken: 6 Millionen Elektrofahrzeuge sollen 2030 auf Deutschlands Straßen fahren – gespeist mit Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser durch Batterien, die zugleich zur Speicherung erneuerbaren Stroms dienen. Öffentliche Gebäude und öffentlicher Personennahverkehr sind meist in kommunaler Hand. Landkreise, Städte und Gemeinden sind am Zug. Das Bundesumweltministerium unterstützt Pioniere. Erfolgreiche Beispiele gibt es viele. So setzt etwa die Stadt Nürnberg heute in der Straßenbeleuchtung LED-Technologie ein. Seit Herbst des vergangenen Jahres werden dort 1.800 Straßenleuchten ausgetauscht. Durch die Förderung aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative amortisieren sich die Kosten für die Stadt bereits innerhalb von 18 Monaten. Dieses Modell kann Schule machen. Auch kommunale Liegenschaften bieten erhebliche Einsparpotenziale. Dazu ebenfalls ein Beispiel: Die Stadt Baesweiler in Nordrhein-Westfalen modernisierte vor kurzem einen Trakt ihres 1971 erbauten Gymnasiums. Durch die damit verbundene energetische Sanierung auf Passivhausstandard verringerte sich der Heizwärmebedarf um 93 % – eine Investition, die sich nach wenigen Jahren rentiert.

Förderangebote und Informationen für Gestalter

Mit der Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative fördert die Bundesregierung die Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten. Wir finanzieren Klimaschutzmanager und unterstützen die Umsetzung von Klimaschutzmodellen an Schulen und Kindertagesstätten. Wie das Nürnberger Beispiel zeigt, sind auch Investitionen in effiziente Technologien förderfähig. Informationen hierzu sind im Internet unter www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de verfügbar. Bis heute wurden über 2.000 Projekte bewilligt, und das Interesse der Kommunen steigt kontinuierlich. Für das laufende Jahr stehen über 100 Mio. €, 30 % mehr als 2011, zur Unterstützung der Kommunen bereit. Im Masterplan-Programm zeigen besonders ambitionierte Kommunen sogar, ebenfalls von uns gefördert, wie das Ziel „100 % Klimaschutz“ innerhalb einer Generation verwirklicht werden kann. Kommunen, kulturelle und soziale Einrichtungen und Unternehmen in kommunaler Trägerschaft können ihre Förderanträge direkt an den Projektträger Jülich richten.

Internetportale bieten ein umfassendes Informationsangebot für kommunale Entscheidungsträger. Empfehlenswert sind die speziell auf den kommunalen Bedarf zugeschnittenen Angebote der Agentur für erneuerbare Energien: www.kommunal-erneuerbar.de und www.föederal-erneuerbar.de. Weitere Informationen sind über das BMU-Internetangebot www.erneuerbare-energien.de abrufbar. Bei konkreten Fragen hilft zudem häufig der von der Bundesregierung geförderte BINE-Informationssdienst www.bine.info weiter.

Die Energiewende bedeutet „Zukunft made in Germany“

Die Vision für Deutschland im Jahr 2030 könnte so aussehen: Die deutsche Wirtschaft ist durch eine sehr viel höhere Energie- und Ressourceneffizienz weitaus weniger abhängig von Rohstoff- und Energieimporten und damit noch wettbewerbsfähiger geworden. Deutschland ist in den wichtigsten Energie- und Umwelttechnologien ein hoch innovativer Technologie- und Marktführer. Neue Leitmärkte für Umwelt- und Effizienztechnologien sind entstanden und klassische Wirtschaftszweige durch Umweltinnovationen transformiert worden: Mit der Elektromobilität, mit einer echten Kreislaufwirtschaft, mit neuen Technologien wie den Nanotechnologien. Die Energie- und Umwelttechnologien sind zum maßgeblichen Motor des Strukturwandels in Deutschland geworden. Dadurch sind Hunderttausende zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Deutschland hat als führende Exportnation in besonderem Maße von der Transformation der Weltwirtschaft im Energiesektor profitiert. Deutschland ist zu einer der effizientesten Volkswirtschaften der Welt geworden und hat damit auch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet. Das alles ist keine Utopie. Es ist eine realistische Wachstumsstrategie. Ich bin überzeugt: Die Entwicklung erneuerbarer Energien, hoch effizienter Kraftwerke, intelligenter Netze, einer modernen Gebäudetechnik und energieeffizienter Produkte wird dem Land einen großen Innovations- und Wachstumsschub geben. Deutschland kann mit der Energiewende international zum Modell für die Verbindung von Wachstum, Ressourcenschonung, technologischen Innovationen und Nachhaltigkeit werden. Das ist Zukunft made in Germany! □

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin